Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 53. **Mittwoch** den 22. Februar 1888. **82. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom **13. bis mit 19. dss. Mts.** im Argandbrenner bei 2.5 Millimeter Druck und 140 Litern stündlichem Consum das 16.3fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0.430.

Leipzig, am 20. Februar 1888.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten

Brennholzauction.

Mittwoch, den **29. Februar** c. sollen von Vormittags 9 Uhr an die im Forstreviere **Connewitz** in der Totalität aufbereiteten Hölzer, als

ca. 14 Rmtr. Eichen- } **Brennscheite,**
1 „ Eschen- } sowie
1 „ Rüstern- }
51 „ **starke ellerne Rollen,**
49 **starke harte Abraumhaufen** und
60 **starke eichne Durchforstungs-Langhaufen,**

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: in der Nähe der Waldschänke bei Connewitz an der Bayerischen Eisenbahn.

Leipzig, den 18. Februar 1888.

Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

In der Strafsache gegen den Zimmergesellen Wilhelm Ernst Werner in Schönefeld, wegen Beleidigung, ist der Angeklagte von dem königl. Schöffengericht hier am 3. Februar 1888 wegen Beleidigung des Zimmerobermeisters Gustav **Handwerk** hier, begangen in der am 2. November 1887 in der Wirthschaft Bellevue hier abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Zimmergesellen, zu

Acht Tagen Gefängniß

rechtskräftig verurtheilt worden.

Leipzig, den 21. Februar 1888.

Der Gerichtsschreiber des königl. Amtsgerichts
Abtheilung III.
Burger.

Bekanntmachung.

Diejenigen in Leipzig und Umgegend wohnenden preußischen Officiere, welche nach erfüllter Dienstpflicht bereits verabschiedet, nunmehr aber zum Wiedereintritt in die Landwehr II. Aufgebots verpflichtet sind (es kommen diejenigen Herren in Betracht, welche 1860 und später geboren sind), haben sich bis zum 15. März 1888, unter Vorlage ihrer Militairpapiere und Angabe desjenigen Bezirks-Commandos, bei welchem sie zuletzt in Controle gestanden haben, direct bei dem unterzeichneten Bezirks-Commando behufs ihrer Reactivirung zu melden.

Für diejenigen Personen, welche sich außerhalb Deutschlands bezw. auf Seereisen befinden, wird die Meldefrist bis zum 30. September 1888 verlängert, wenn dieselben jedoch vor diesem Zeitpuncte nach Deutschland zurückkehren, aber bei einem Seemanns-Amte des Inlandes abgemustert werden, hat die Anmeldung spätestens bis 14 Tage nach erfolgter Rückkehr bezw. Abmusterung zu erfolgen.

Zuwiderhandlungen werden nach §. 67 des Reichs-Militair-Gesetzes bestraft.

Die Dienstpflicht in der Landwehr II. Aufgebots währt bis zum 31. März desjenigen Kalenderjahres, in welchem das 39. Lebensjahr vollendet wird.

Nach diesem Termin treten diese Herren zum Landsturm II. Aufgebots über, welchem dieselben bis zum vollendeten 45. Lebensjahre angehören.

Bezirks-Commando Bitterfeld, den 15. Februar 1888.

v. Bangels,
Oberst z. D. und Commandeur des Landwehr-Bataillons-Bezirks Bitterfeld.

Der diesjährige erste

Roß- und Viehmarkt

in

Volkmarsdorf-Leipzig

findet

Dienstag, den 6. März a. c.,

statt.

Der Gemeinderath.
J. V.: R. Schütz,
Gemeinde-Aeltester.

Holz-Auction.

Von den im Ehrenberger Walde des Zwenkauer Staats-Forstreviers in Abtheilung 70, Parcelle „Canitzer Holz" aufbereiteten Nutz- und Brennhölzern sollen

Montag, den 27. Februar 1888,
von Vormittags 9 Uhr

62	Stück eich. Klötzer	v. 11—39 cm Ober- bez. Mitt.		3—8	m lang,
33	„ „	„ 44—125	„ „	1,5—8,5	„ „
218	„ eich.	„ 10—59	„ „	2—10	„ „
74	„ eichene	„ 10—32	„ „	2—5	„ „
55	„ buchene	„ 16—44	„ „	2—7	„ „
37	„ erlene	„ 10—40	„ „	4—6,5	„ „
5	„ lindene	„ 17—41	„ „	2—8	„ „
3	„ pappel.	„ 23—44	„ „	6—8	„ „
27	„ ahorn.	„ 9—18	„ „	4—6	„ „
18	„ eichene Kahlkeile	v. 11—30 cm Oberstärke		1,5—3	„ „
6	rm eichene Rutscheite,				
119	„ harte Brennscheite,				
30	„ „ Brennknüppel,				
19	„ „ Hacke,				
455	„ „ Abraumreisig,				
28	„ „ Langhaufen und				
148	„ „ Stöcke				

meistbietend gegen sofortige Bezahlung und unter den vor Beginn der Auction noch bekannt zu machenden Bedingungen verkauft werden.

Creditüberschreitungen sind unzulässig.

Zusammenkunft auf dem Schlage in dem Hänichener Gundorfer Communicationswege.

Gasthöfe: Schweitzer's Restauration in Hänichen.

Königliche Forstrevierverwaltung Zwenkau und Königliches Forstrentamt Wurzen, am 15. Februar 1888.

Lomier. Geißler.

Nicolai-Gymnasium.

Aufnahmeprüfung für Sexta Sonnabend den 24. Februar a. c. 8 Uhr.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Beginn des 58. Schuljahres am 9. April d. J.

Die Reifezeugnisse der höheren Abtheilung der Anstalt (dreijähriger Cursus) berechtigen zum Einjährig-Freiwilligendienste.

Für junge Leute, welche sich den Berechtigungsschein zum Einjährig-Freiwilligendienste erworben haben, ist ein fachwissenschaftlicher Cursus von Jahresdauer bei 34 Lehrstunden in der Woche eingerichtet. Unterricht in allen Zweigen der Handelswissenschaft. Französische und englische Sprache obligatorisch, italienische und spanische Sprache facultativ, Schulgeld 240 ℳ für das Jahr.

Anmeldungen erbittet sich der Unterzeichnete in den Wochentagen von 11—12 Uhr.

Leipzig, im Februar 1888.

Carl Wolfrum, Director.

Das **Kummenicknwasser,** welches in der **hiesigen städtischen Gasanstalt** in der Zeit vom 1. März dieses Jahres bis zum 28. Februar 1889 in der ungefähren Menge von 250 000 kg — dem Inhalte von etwa 250 Fuchrfässern gewonnen werden wird, soll unter den Bedingungen meistbietend verdingt werden, daß eine Garantie über die Menge des Kummenicknwassers nicht übernommen wird und daß der Ersteher dasselbe auf jedesmalige Aufforderung der Gasanstaltsdirection sofort abzufahren hat.

Anerbietungen mit Preis-Angabe werden versiegelt und mit Aufschrift versehen bis zum **25. Februar d. J.** erbeten.

Wurzen, 18. Februar 1888. **Der Stadtrath.**
Mähle.

Nichtamtlicher Theil.

Das russische Rundschreiben.

Die Gerüchte, welche über das Bevorstehen einer Wiederaufnahme der diplomatischen Action in der bulgarischen Frage seit einiger Zeit umherschwirrten, werden jetzt von allen Seiten als begründet anerkannt. Rußland wird demnächst ein Rundschreiben an die Vertragsmächte erlassen, oder hat ein solches bereits abgesandt, welches eine gemeinsame Kundgebung der Vertragsmächte des Inhalts anregt, daß Prinz Ferdinand nicht die Bedingungen eines Fürsten von Bulgarien im Sinne des Berliner Vertrages erfüllt. Der Verlauf der Vorbesprechungen war offenbar deshalb so langsam und schleppend, weil Rußland sich nicht einer Ablehnung der Vertragsmächte aussetzen wollte; an dem Tage, an welchem die Absicht eines solchen Schrittes öffentlich bekannt wurde, sollte auch die Gewißheit bestehen, daß die Vertragsmächte dem russischen Vorschlage zustimmten. Diese Gewißheit scheint heute gewonnen zu sein; die Vertragsmächte scheinen den Vorstellungen des Fürsten Bismarck im Interesse des Friedens nachgegeben zu haben, und die Türkei wird voraussichtlich in nächster Zeit der bulgarischen Regierung die Willensmeinung der Vertragsmächte kundthun. Die Zustimmung der Vertragsmächte ist aber nur unter der Bedingung zu erreichen, daß Rußland von Gewaltmaßregeln für den Fall der Erfolglosigkeit der Kundgebung der Vertragsmächte Abstand nimmt. Damit ist der Sache die Spitze abgebrochen, denn Bulgarien wird selbst einer Aufforderung Europas, seinen Fürsten preiszugeben, nicht Folge leisten, sonst hätte Alles, was geschehen ist, um den Prinzen Ferdinand zur Reise nach Sofia und zur Uebernahme der Regierung zu bestimmen, keinen Sinn gehabt. Die Sobranje hat bei verschiedenen Gelegenheiten ihre volle Solidarität mit dem von ihr gewählten Fürsten zu erkennen gegeben, und zuletzt hat noch Prinz Ferdinand beim Neujahrsempfang das große Wort gesprochen, daß die Bulgaren für ihre Unabhängigkeit zu sterben wissen würden. Man hat das auf russischer Seite als eine lächerliche Prahlerei bespöttelt, aber die russische Regierung hat doch bisher keine Mittel gefunden, um den prahlerischen Prinzen aus Bulgarien zu entfernen; auch die Verschwörung von Burgas hat ihren Zweck verfehlt und nur einen neuen Beweis für das Streben Rußlands geliefert, seine Zwecke in Bulgarien auf Umwegen zu erreichen. Ein gemeinsamer Schritt der Vertragsmächte, welcher sich darauf beschränkt, die Ungesetzlichkeit der Herrschaft des Prinzen Ferdinand zu erklären, ist ein Schlag ins Wasser, wenn er nicht mit der Androhung von Gewaltmaßregeln für den Fall des Verbleibens des Prinzen Ferdinand in Sofia gegen die kundgegebene Meinung der Vertragsmächte verbunden ist.

In welcher Form soll aber diese Drohung erfolgen? Sie kann nur von der suzeränen Macht, also von der Türkei, ausgehen, und diese wird sich ohne Auftrag dazu nicht verstehen. Außerdem ist ja von Gewaltmaßregeln in dem russischen Rundschreiben dem Vernehmen nach ausdrücklich abgesehen. Von welcher Seite man daher die Sache auch betrachtet, sie ist und bleibt verfahren und läßt sich durch diplomatische Schritte schwerlich wieder in das rechte Gleis bringen. Aber angenommen, Prinz Ferdinand verlöre selbst die Lust, angesichts eines gemeinsamen Schrittes der Vertragsmächte zu seiner Entfernung auf seinem Posten zu verbleiben, was wäre dadurch gewonnen? Würde die von der Sobranje einzusetzende Regentschaft sich nach Allem, was vorangegangen, dem Willen Rußlands beugen und Neuwahlen ausschreiben, um eine Lage schaffen zu helfen, welche den Wünschen Rußlands entspricht? Das ist gewiß nicht zu erwarten. Es würde dadurch nur die Wiederholung Dessen eingeleitet sein, was seit der Abdankung des Fürsten Alexander geschehen ist. Bulgarien würde entweder versuchen, sich ohne Fürsten zu behelfen oder zum dritten Male zur Wahl schreiten. Das Land hat von seiner zähen Lebenskraft und von seiner Ausdauer im Widerstande gegen überwächtige Unterdrücker so achtungswerthe und ungewöhnliche Proben geliefert, daß die Erwartung berechtigt erscheint, es werde sich auch in Zukunft seiner Vergangenheit nicht unwerth zeigen.

Man erkennt aus den seit langer Zeit in Bulgarien hervorgetretenen Erscheinungen, daß auf die Dauer mit den Bestimmungen des Berliner Friedens doch schwer auszukommen ist. Rußland ist schon lange bemüht, an demselben zu rütteln, und das „Journal de St. Pétersbourg" hat mit dem Geständniß nicht zurückgehalten, daß Rußland schon längst die Lust verloren hat, sich als alleiniger Bürge des Berliner Friedens zu betrachten. Welche Mittel diese Macht angewendet hat, um den Frieden zu durchlöchern und seine Unhaltbarkeit darzuthun, ist gleichgiltig, es kommt nur darauf an, daß die Thatsachen seit dem 18. September 1885 eine sehr deutliche Sprache reden und daß die Unhaltbarkeit der Zustände auf der Balkanhalbinsel täglich mehr zur Erscheinung tritt.

Gegenwärtig wird von London aus die Nachricht verbreitet, daß die türkische Regierung eine Note nach St. Petersburg gerichtet, ob es in der Absicht der Regierung liege, ein „Regentschaftsgesetz" im preußischen Landtage einzubringen oder nicht. Die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten" bemerken, daß die Erörterung eine ganz müßige ist, da Erwägungen in dieser Richtung überhaupt nicht stattfinden.

* Auch die „Nationalliberale Correspondenz" gedenkt des 21. Februar 1887, des Tages der letzten Reichstagswahlen; das genannte Blatt schreibt:

Morgen, am 21. Februar, ist ein Jahr seit den letzten Reichstagswahlen verflossen, die in Folge der Septennatskrisis stattgefunden hatten. An diesem Tage hat sich das für unsere parlamentarischen und politischen Verhältnisse so außerordentlich bedeutungsvolle Ereigniß vollzogen, daß die deutschfreisinnig-clericale Majorität durch ein vernichtendes Volksurtheil aus dem Reichstag beseitigt und dafür wieder eine Mehrheit der nationalen bürgerlichen Parteien hergestellt wurde, wie sie lange Jahre zum Schaden unseres Reiches vermißt worden war. Es ziemt sich wohl, der Wiederkehr dieses bedeutungsvollen Tages zu gedenken. Der neue Reichstag hat seitdem Alles gehalten, was man sich von ihm versprechen durfte; er hat die nationale Wehrkraft befestigt, er hat der Finanznoth ein Ende gemacht, er hat nach vielen Richtungen hin eine fruchtbare und ersprießliche Thätigkeit entfaltet, ohne damit aber sein eigenes unter der Herrschaft der Herren Windthorst und Richter zielbewußtes Ansehen im Volke wiederhergestellt. Wenn deutschfreisinnige und ultramontane Redner es lieben, über das immer mehr sinkende Ansehen, die mehr und mehr schwindende Bedeutung des Reichstags zu klagen, so begreift sich das von ihrem Parteistandpunct leicht. In Wahrheit war das Ansehen des Reichstags bis zum Beginn des vorigen Jahres durch Schuld der ultramontan-demokratischen Majorität allerdings in steten Sinken begriffen, seit dem 21. Februar v. J. aber hat die Reichsvertretung sich wieder das moralische Gewicht und Ansehen zu sichern verstanden, welches dieser bedeutsamen nationalen Institution gebührt und bei längerer Fortdauer der bis zum vorigen Jahr herrschenden parlamentarischen Verhältnisse zum schweren Schaden für den Ausbau unseres Reichs mehr und mehr verloren zu gehen drohte.

* Dem Prinzen Wilhelm soll demnächst ein vertragender Rath zur Seite gestellt werden, dem es obliegen würde, demselben über alle Vorgänge des staatlichen und öffentlichen Lebens dauernd Vortrag zu halten. Bisher hat eine solche Einrichtung nur bei dem Kronprinzen Platz gegriffen, bekanntlich war Geheimer Rath Max Duncker in den sechziger Jahren in einer solchen Stellung bei dem Kronprinzen thätig. Für den Prinzen Wilhelm soll Herr Zastrow, Director im Ministerium des Herrn v. Puttkamer, bestimmt sein.

* Die Nachricht, daß das Depot der russischen Reichsgestüte in Berlin geschlossen werden solle, stellt sich, wie das Wolff'sche Bureau aus St. Petersburg meldet, als unrichtig heraus.

* Das „Frankfurter Journal" bringt „in eigener Sache" eine wohl verdiente Abwehr gegen Herrn Rickert. Es handelt sich um die berüchtigten „gefälschten Briefe", bulgarischen Schwierigkeiten gemeinsam diplomatisch mit den die Herzegowina und Bosnien, wo die Muselmanen widerrechtlich unterdrückt würden, betreffenden Fragen zu verhandeln und die Wiederherstellung der türkischen Oberhoheit anzubahnen. Daß diese Nachricht erfunden ist, steht ihr an der Stirn geschrieben, aber sie deutet doch an, daß es ganz heillose Zustände sein müssen, denen solche Nachricht ihre Entstehung verdanken. Die Panslawisten haben auf Bosnien und Herzegowina schon längst als auf den Punct hingewiesen, wo der Hebel anzusetzen sei, um die orientalische Frage wieder in Fluß zu bringen, und um einen Zustand an die Stelle des bisherigen zu setzen, der mehr Lebenskraft besitzt als Dak, was der Berliner Frieden geschaffen hat.

Bei der großen Zerfahrenheit, welche seit unvordenklicher Zeit auf der Balkanhalbinsel herrscht, ist es aber als eine Art von Wunder zu betrachten, daß der Berliner Friede so lange als die Grundlage der Verhältnisse auf der Halbinsel dienen konnte, als er gedient hat. Wäre der Einheitsdrang der Bulgaren nicht so übermächtig gewesen, so hätte noch manches Jahr in den Schooß der Ewigkeit versinken können, ohne daß an den durch den Berliner Frieden geschaffenen Zuständen gerüttelt worden wäre. Es kommt noch ein anderes Moment hinzu, welches die Aufrechthaltung der bisherigen Zustände auf der Balkanhalbinsel gewährleistet, und das ist die Besonnenheit und Festigkeit des Sultans Abdul Hamid. Es fehlt der türkischen Politik trotz ihrer scheinbaren Regungslosigkeit und Mangel an Energie keineswegs an zielbewußter Berechnung. Die türkische Regierung ist seit langer Zeit mit Erfolg bestrebt, jeder gewaltsamen Aenderung des bestehenden Zustandes auf der Balkanhalbinsel wohl erwogenen, wenn auch nicht activen Widerstand entgegenzusetzen. Als sich die bulgarischen Verhältnisse verwickelten, hat sich die Türkei in Vertheidigungszustand gesetzt und jede Initiative unter Hinweis auf die den Vertragsmächten durch den Berliner Frieden eingeräumten Rechte zurückgewiesen. Sultan Abdul Hamid ist sich wohl bewußt, daß jeder entscheidende Schritt, der von seiner Seite ausgeht, nur dazu dienen kann, das morsche Gebäude der türkischen Herrschaft zu erschüttern und den Zusammenbruch derselben zu beschleunigen. Von dieser sehr richtigen Erwägung geleitet, hat er selbst jede Initiative hartnäckig abgelehnt und damit auch wahrscheinlich das Richtige getroffen.

Man hat den Sultan getadelt, und wir haben in diesen Tadel eingestimmt, weil er nach dem Staatsstreich vom 18. September 1885 nicht durch einen kräftigen Entschluß die Vereinigung von Nord- und Südbulgarien rückgängig gemacht hat. Vielleicht wäre ein türkischer Einmarsch in Ostrumelien zum Zweck der Wiedereinsetzung des Gouverneurs von Erfolg gekrönt gewesen, vielleicht wäre damit die ganze Beunruhigung vermieden worden, unter welcher der europäische Frieden so schwer gelitten hat, aber es konnte auch anders kommen, es konnten sich plötzlich in Rußland Kräfte regen, die bis dahin im Verborgenen geschlummert hatten. Und ist denn nicht die ganze bulgarische Politik Rußlands seit dem Regierungsantritt des Fürsten Alexander darauf gerichtet gewesen, dort unmögliche Zustände zu schaffen, auf Grund deren ein russisches Einschreiten zur Nothwendigkeit werden sollte? Die letzten zwei Jahre haben gelehrt, daß Rußland die Schutzherrschaft über Bulgarien beansprucht und deshalb jede Regung des Selbstständigkeitsdranges des bulgarischen Volkes unterdrücken will. Die Thatsachen sind stärker gewesen als der Wille Rußlands, und deshalb stehen wir noch heute vor einem unfertigen Zustande in Bulgarien. Wann und wie darin eine Aenderung eintreten wird, läßt sich nicht vorherbestimmen.

*

Leipzig, 22. Februar 1888.

* In einigen Zeitungen wird seit mehreren Tagen die Frage erörtert, ob es in der Absicht der Regierung liege, ein „Regentschaftsgesetz" im preußischen Landtage einzubringen oder nicht. Die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten" bemerken, daß die Erörterung eine ganz müßige ist, da Erwägungen in dieser Richtung überhaupt nicht stattfinden.

* Auch die „Nationalliberale Correspondenz" gedenkt des 21. Februar 1887, des Tages der letzten Reichstagswahlen; das genannte Blatt schreibt:

Morgen, am 21. Februar, ist ein Jahr seit den letzten Reichstagswahlen verflossen, die in Folge der Septennatskrisis stattgefunden hatten. An diesem Tage hat sich das für unsere parlamentarischen und politischen Verhältnisse so außerordentlich bedeutungsvolle Ereigniß vollzogen, daß die deutschfreisinnig-clericale Majorität durch ein vernichtendes Volksurtheil aus dem Reichstag beseitigt und dafür wieder eine Mehrheit der nationalen bürgerlichen Parteien hergestellt wurde, wie sie lange Jahre zum Schaden unseres Reiches vermißt worden war. Es ziemt sich wohl, der Wiederkehr dieses bedeutungsvollen Tages zu gedenken. Der neue Reichstag hat seitdem Alles gehalten, was man sich von ihm versprechen durfte; er hat die nationale Wehrkraft befestigt, er hat der Finanznoth ein Ende gemacht, er hat nach vielen Richtungen hin eine fruchtbare und ersprießliche Thätigkeit entfaltet, ohne damit aber sein eigenes unter der Herrschaft der Herren Windthorst und Richter zielbewußtes Ansehen im Volke wiederhergestellt. Wenn deutschfreisinnige und ultramontane Redner es lieben, über das immer mehr sinkende Ansehen, die mehr und mehr schwindende Bedeutung des Reichstags zu klagen, so begreift sich das von ihrem Parteistandpunct leicht. In Wahrheit war das Ansehen des Reichstags bis zum Beginn des vorigen Jahres durch Schuld der ultramontan-demokratischen Majorität allerdings in stetem Sinken begriffen, seit dem 21. Februar v. J. aber hat die Reichsvertretung sich wieder das moralische Gewicht und Ansehen zu sichern verstanden, welches dieser bedeutsamen nationalen Institution gebührt und bei längerer Fortdauer der bis zum vorigen Jahr herrschenden parlamentarischen Verhältnisse zum schweren Schaden für den Ausbau unseres Reichs mehr und mehr verloren zu gehen drohte.

* Dem Prinzen Wilhelm soll demnächst ein vertragender Rath zur Seite gestellt werden, dem es obliegen würde, demselben über alle Vorgänge des staatlichen und öffentlichen Lebens dauernd Vortrag zu halten. Bisher hat eine solche Einrichtung nur bei dem Kronprinzen Platz gegriffen, bekanntlich war Geheimer Rath Max Duncker in den sechziger Jahren in einer solchen Stellung bei dem Kronprinzen thätig. Für den Prinzen Wilhelm soll Herr Zastrow, Director im Ministerium des Herrn v. Puttkamer, bestimmt sein.

* Die Nachricht, daß das Depot der russischen Reichsgestüte in Berlin geschlossen werden solle, stellt sich, wie das Wolff'sche Bureau aus St. Petersburg meldet, als unrichtig heraus.

* Das „Frankfurter Journal" bringt „in eigener Sache" eine wohl verdiente Abwehr gegen Herrn Rickert. Es handelt sich um die berüchtigten „gefälschten Briefe", welche der nationalliberale Partei auspielt. Neulich hat er es bekanntlich wieder im preußischen Abgeordnetenhause gethan. Dem gegenüber schreibt das angegriffene Blatt:

„Zur Zeit der vielbesprochenen Veröffentlichung (Sommer 1884) bestand im Betrieb des „Frankfurter Journals" ein Uebergangszustand, der in der Redaction, man möchte fast sagen, eine förmliche Anarchie zur Folge hatte. Herr Dr. von Brüning war gestorben, dessen Redactionskollege im Eigenthum des „Journals" hatten nur ein Interesse an dem Blatt: es zu verkaufen. Die Actiengesellschaft aber, die es im Herbst 1884 übernahm, war noch gar nicht einmal in Sicht. Von den wenigen Redacteuren, welche den politischen Theil des Blattes zwischenzeitlich mit Füllstoff versorgten, ist einer gestorben, der andere hatte bereits damals um seine Entlassung nachgesucht, der dritte kommt als Hülfsredacteur nicht in Betracht, ist aber auch längst nicht mehr hier. Der verantwortlich zeichnende Redacteur, der in letzter Instanz die Verantwortung treffen mußte, zog sich alsbald zurück. Die Absicht einer Beleidigung oder Verläumdung hat ihm fern gelegen; eine Redaction als collegial berathende und beschließende Körperschaft, die Herrn Rickert zum Verzichten hätte bitten können, gab es nicht; eine Fühlung der Parteiführer mit der Redaction ebenso wenig; so blieb den letzteren nur übrig, Herrn Rickert offen, höflich und mündlich, und zwar zu wiederholten Malen eine starke Mißbilligung über den Nachdruck der gefälschten Briefe aus einem der Redaction zugeschickten Blatt im „Frankfurter Journal" auszusprechen, während die Redaction in ihrer Zerfahrenheit eine allerdings unbegreiflich lahme Erklärung abgab. Bald darauf traten geordnete Verhältnisse wieder ein und die neue Leitung hatte es bei der ersten Gelegenheit nach, jene Veröffentlichung als großen Fehler zu erklären und ihn, obwohl nicht dafür verantwortlich, aufrichtig zu bedauern. Herrn Rickert sind diese Erklärungen jedesmal zugestellt worden."

Ob Herr Rickert und seine Freunde wohl jetzt endlich aufhören werden, die Parlamente und Wählerversammlungen mit dieser verjährten Geschichte zu langweilen und aus einem durch die damaligen äußeren Umstände des betheiligten Blattes erklärlichen Mißgriff eines einzelnen Redacteurs einen Vorwurf gegen eine ganze Partei zu machen! Wie wenig berechtigte Beschwerden über das Auftreten dieser Partei im Wahlkampfe müssen die Deutschfreisinnigen haben, wenn sie Jahr aus Jahr ein auf diese abgedroschene Geschichte zurückkommen müssen!

* Im Jahre 1843 lebten in der Provinz Westpreußen 471 756 Evangelische; 1871 war ihre Zahl auf 633 307 und 1885 auf 668 255 gestiegen. Rechnet man hierzu noch 13 438 Mennoniten, so ergiebt sich eine Gesammtzahl von 681 693 evangelischen Christen. Viel rascher sind seit 1843 die Katholiken angewachsen. In diesem Jahre lebten in Westpreußen 456 901, 1871 schon 641 522, 1885 aber 701 842 Katholiken. Im Jahre 1843 waren die Evangelischen in Westpreußen noch in der Mehrheit, 1871 überwogen schon die Katholiken, 1885 aber waren die Katholiken den Evangelischen um 20 149, bez. 33 587 Seelen voraus, ein Zeichen, daß in den letzten zwanzig Jahren das polnisch-katholische Element beträchtlichen Zuwachs durch Geburtenüberschuß und durch Zuwanderung von Russisch-Polen erhalten haben muß. Hoffentlich gelingt es durch die in Fluß gekommene deutsche Colonisation, mit der Zeit wieder den Evangelischen in Westpreußen die Mehrheit zu verschaffen.

* * *

* Der im Jahre 1884 in Prag errichtete „Deutsche Handwerkerbund" hat sich außerordentlich günstig entwickelt und ist allmälig zu einer Schutzwehr der Deutschen in Böhmens Hauptstadt geworden. In den siebziger Jahren noch hatte man in den maßgebenden deutschen Kreisen Prags die Berührung und den steten Zusammenhang mit den deutschen Handwerkern fast ganz außer Acht gelassen, und so waren die in Prag ansässigen deutschen Kleingewerbetreibenden vielfach auf die Seite ihrer czechischen Gegner gedrängt worden. Erst das erwachende Nationalbewußtsein und die fortgesetzten Angriffe der Czechen brachten auch die Nothwendigkeit gegenseitigen Anschlusses aller Schichten der deutschen Bevölkerung des deutschen Führers Prags zu vollem Bewußtsein. Der Gedanke, einen Mittelpunct für die deutschen Gewerbetreibenden zu schaffen, fand allseitig Anklang, und so entstand der deutsche Handwerkerbund, der heute schon 4016 Mitglieder zählt und somit zum stärksten Vereine in ganz Prag angewachsen ist. Der deutsche Handwerkerbund hat sich noch Kräften bemüht, deutschen Arbeitern und Dienstmädchen, wie auch deutschen Lehrlingen und Gesellen in Prag Unterkommen und Arbeit zu verschaffen, damit der deutsche Mittelstand sich durch deutschen Zuzug ergänze und nicht allmälig pianissimo werde. In der deutschen Herberge erhält jeder der durchreisenden deutschen Handwerksburschen drei Tage hindurch unentgeltliche Wohnung und Beköstigung und sodann ein Zehrgeld von 20 Kr. Weiter hat der deutsche Handwerkerbund eine Spar- und Vorschußcasse und eine Krankencasse errichtet. Letztere gewährt Mitgliedern gegen eine wöchentliche Einzahlung von 10 Kr. in Erkrankungsfällen eine tägliche Unterstützung von 70 Kr. Auch wurde von dem Vereine der sich über das ganze Deutschböhmen erstreckende deutsche Gewerbebund ins Leben gerufen. Endlich wurde für deutsche Lehrlinge eine gewerbliche Fortbildungsschule errichtet, die sehr gut gedeiht und der sich wohl bald eine deutsche Gewerbeschule mit etwas höheren Zielen anreihen dürfte. Wären schon vor 30 Jahren die deutschen Bewohner Prags so gut organisirt gewesen, wie sie es jetzt sind, so würden sie schwerlich allen Einfluß auf die Verwaltung der Stadt eingebüßt haben. Nur langsam und durch Aufbietung aller Kräfte kann es dem Deutschthum in Prag, das immer noch 45 000 Köpfe stark ist, gelingen, die Stellung, die ihm gebührt, und den verlorenen Einfluß wieder zu gewinnen.

* Auch Frankreich erhielt, wie die „Kölnische Zeitung" aus Paris meldet, Mittheilung von Schritten Rußlands bei den Mächten des Berliner Vertrags, welche darauf abzielen, daß die Ungesetzlichkeit des Fürsten Ferdinand von Bulgarien ausgesprochen wurde.

Aus Frankreich.

* Besonnene Politiker in Frankreich wollen auch, wie der „National-Zeitung" aus Paris gemeldet wird, nach der „Bestätigung" Floquet's von Seiten des russischen Botschafters in Paris Baron von Mohrenheim nicht an den bevorstehenden Abschluß der vielbesprochenen russischen Allianz glauben, der nach der Ansicht der Radicalen nur noch jener Ausruf Floquet's „Vive la Pologne!" entgegenstehen hätte. Ein bereits erwähnter Artikel der „Revue des deux Mondes" stellt nun die thatsächlichen Verhältnisse einigermaßen richtig. Ueber den Inhalt dieses Artikels wird dem „Neuen Wiener Tageblatt" gemeldet:

Das „Gott erhalte den Zaren" wird jetzt in Paris allenthalben angestimmt; aber noch nie hat ein russisches Regiment die Wor-